

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1914. Nr. 226.

Jahrgang 207.

Belegpreis für Halle und Umkreis 2 20 RM, für die Postbezugsstellen 2 20 RM, für die Mittelstädte. Die halbesche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Druck- und Verlagsanstalt: Hallescher Couriers (Halle), Verlagsanstalt: Hallescher Couriers (Halle), Verlagsanstalt: Hallescher Couriers (Halle), Verlagsanstalt: Hallescher Couriers (Halle).

Zweite Ausgabe

Abbestellungspreis für die Postbezugsstellen oder deren Raum für Halle und den Umkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei den realistischen Zeitungen die Seite 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenvermittlern.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Bernburger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Reaktionsstempel 8110. Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Strauss-Verlag Halle (Saale).

Freitag, 15. Mai 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Kurier Nr. 6300. Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

### Mittelschule und Mittelstand.

Von Dr. Krause (Lauenburg), Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Bei der diesjährigen Beratung des Kultusrats ist der Kultusminister darauf hin, wie ist unserer Zeit die Verhältnisse sich in der Richtung entwickelt haben, daß die Eltern vielfach getrieben dazu getrieben werden, ihre Kinder in die höheren Schulen zu schicken. Heutzutage wollen alle Beamten werden. Jeder Vater denkt für seinen Sohn an ein zukünftiges Amt, wo er in Ruhe und Begehrtheit ein gehobenes Leben und Alter findet. Leider entsprechen die Ausführungen nur allzuoft den Tatsachen, die nicht gerade unserem Vaterlande zum Segen gereichen. Selbstverständlicher Weise alle, welche eine akademische Berufsausbildung wollen, ebenso wie die, welche die höhere oder meiste auch mittlere Beamtenlaufbahn einschlagen wollen, eine höhere Schule besuchen. Und für dieses Bedürfnis ist ja in reichlichem Maße gesorgt. Wir haben in Preußen 766 höhere Lehranstalten, die von 252 000 Schülern besucht werden. Auch ganz kleine Städte sehen ihren Ehrgeiz darin, wenigstens höhere Lehranstalten, die das Einjährige geben, zu gründen; ja, sie bauen diese Schulen sogar manchmal ohne zureichenden Grund zu Vollanstalten aus. Andere, die sich solche Anstalten nicht leisten können, richten neben der Volksschule noch eine Rektorat-, Ober- oder Lateinschule ein, deren Schüler bei schuldenswerter Missetat nach Durchlaufen der Anstalt ohne weiteres in die Tertia einer höheren Schule verlegt werden, wo sie sich eine Berechtigung holen können. Das mag ja für einen kleinen Teil der Kinder seine Vorteile haben. Viele Kinder werden aber dadurch nur künstlich, ohne daß sie die nötige Veranlagung besitzen, für eine höhere Schule geeignet. Es werden vermehrt Schüler, die wenig Interesse an der Schule haben, die große Masse der Kinder aber geistlich verblödet. Manche Eltern haben mit wieder die Berechtigung überdrüssig; ihr Sohn kommt trotz der Berechtigung nachher gar nicht, oder nicht recht vorwärts, während er ohne sie in einem praktischen Beruf wahrlich ein nützliches Glied wäre. Denn daß die höheren Berufe der Akademiker und Beamten sämtlich stark überfüllt sind, ist eine leider nicht zu bestreitende Tatsache. Und doch gibt es einen Stand in unserem Vaterlande, der Mangel an jungem Nachwuchs hat, einen Stand, dessen Bestehen, Gedeihen und Wachsen für jeden Staat geradezu eine Lebensfrage bedeutet, einen Stand, der geachtet ist und der seinen Mann nicht: das ist der Mittelstand! Ihm sollten die Eltern, die ihm selbst angehören, schon aus Tradition ihre Söhne in erster Linie zuführen; er kann aber auch noch vielen anderen jungen Leuten, die für einen praktischen Beruf veranlagt sind, eine auskömmliche Lebensstellung bieten.

Der Mittelstand braucht aber für seinen Nachwuchs eine höhere Bildung als die Volksschule. So steht in dem Reichsgesetz vom 3. Februar 1910:

„Die Erziehung auf dem Gebiete des Landbaus, des Kunstgewerbes, des Handels und der Industrie erfordert eine geistige Ausbildung der Knaben und der Mädchen für diese Erwerbszweige. Im Zusammenhang damit macht sich das Bedürfnis nach einer geeigneteren Vorbereitung auf mangelnde mittlere Schuljahre im Bereich des Mittelstandes und der Gemeinden, die größter Industrie- und Handelsgebiete geltend.“

Die Volksschule kann nach ihrer ganzen Stellung im Schulwesen diesen Ansprüchen nicht gerecht werden, die Ziele der höheren Schule gehen nach der wissenschaftlichen Seite. Also muß es eine Schule zwischen beiden sein, und das ist die Mittelschule, auch die wirkliche Mittelschule genannt, im Gegensatz zu den schon erwähnten Rektorat- u. u. Schulen. Von diesen haben wir 252, während es wirkliche Mittelschulen nur 190 mit rund 77 000 Schülern gibt. Durch den Erlass vom 3. Februar 1910 ist das Mittelschulwesen neu geordnet. Die gesamte Schule ist eine neuartige Anstalt, sie kann in drei unteren Klassen mit der Volksschule einen gemeinsamen Unterbau haben. Dies ist ein Umstand, der kleineren Gemeinden die Gründung einer solchen Schule erleichtert. Das nennt Schuljahr — die Volksschule hat acht — hat für die geistige Ausbildung, wie für die sittliche Ertüchtigung und Erziehung der Schüler eine erhebliche Bedeutung. Verbindlich ist neben den übrigen Grundfächern der Unterricht in einer Fremdsprache, Französisch oder Englisch. Gute Schüler können daneben die letzten drei Jahre ununterbrochen die zweite der beiden Fremdsprachen treiben. Sie erwerben dadurch die Berechtigung, vor einer Kommission durch das Bestehen einer Prüfung das Einjährige-Jenatus zu erlangen. Dies ist eine wertvolle Berechtigung für wirklich begabte Schüler, und vor allem wichtig ist in feiner Weise die Schulausbildung für einen Mittelstandsbetrieb. Im Rechenunterricht der oberen Klasse wird bereits etwas Vorbereitung geleistet. Auch das ist gerade für den praktischen Beruf eines Handwerkers oder Handelsmannes sehr wichtig. Erweitert wird diese Kenntnis denn ja in der Fortbildungsklasse. Weiter ist Hand- und Gartenarbeitsunterricht für Knaben unentbehrlich eingerichtet. Auch kann auf der Oberstufe unter Innehaltung der Bestimmungen der Stundenplan mit Rücksicht auf den späteren kaufmännischen oder gewerblichen Beruf der

Knaben verändert werden. Ebenso können in ähnlicher Weise, je nach der Gegend unseres Vaterlandes, andere Erwerbszweige, wie z. B. Landwirtschaft, Schiffahrt, Bergwesen berücksichtigt werden.

Schon diese wenigen Angaben über die wirkliche Mittelschule zeigen ihren großen Wert für den Mittelstand. Sie ist eine zwischen der Volksschule und höheren Schule stehende Schulrichtung, die unter Vermeidung auch des geringsten Exzesses wissenschaftlichen Betriebes die Kinder in ihrem Lebenskreis heimlich macht und sie befähigt, sich in ihrem späteren Lebenslauf zurechtzufinden. Sie ist eine Schule nicht der Berechtigung, sie ist eine Schule für das praktische Leben, für einen praktischen Beruf. Sie ist die Schule für Eltern, die ihren Sohn nicht in eine höhere Schule schicken und einjährig lassen wollen oder können, die ihn aber eine weitergehende Bildung geben wollen, als sie die Volksschule nach ihrer natürlich auch bedeutenden Aufgabe dem Staat geben kann. Sie gibt die besten Kenntnisse für einen Mittelstandsbetrieb. Sie hat aber auch eine große Bedeutung für unseren Heeresdienst. Die Soldaten, die einst eine Mittelschule besucht haben, und nun zwei- oder dreijährig dienen, werden vermöge ihrer größeren Erziehung, die ja vornehmlich nach der praktischen Seite geht, erwiehentlich auf ihre Kameraden einwirken können, sie werden manchmal mehr als die Einjährigen ihren Vorgesetzten eine wertvolle Stütze sein, und aus ihnen werden, militärische Tüchtigkeit vorausgesetzt, brauchbare Unteroffiziere der Reserve und Landwehr entnommen werden können.

Darum ist im dringenden Interesse des Mittelstandes und damit unseres ganzen Staates nur auf das Bestehteste zu wünschen, es möchten künftig weniger als bisher größere Schulen ohne zureichendes Bedürfnis neu geschaffen, sondern vielmehr in größerem Umfang wirkliche Mittelschulen begründet werden.

### Mittelschulen für den Mittelstand!

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. Mai 1914.

Am Bundesratstische: Kühn, Dr. Solf. Präsident Dr. Baumbach eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Das Haus leitete die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans für 1914 fort und wendete sich zunächst zur zweiten Ergänzung des

### Haushalts für die Schutzgebiete

für 1914, in welchem für die indonesienpolitische Schutzgebiete eine Erhöhung der Kapitalien für die Landbau von 5 Millionen gefordert wird. Die Kommission hatte beantragt, nur den halben Betrag zu bewilligen.

Staatssekretär Dr. Solf: Der Landesrat bittet in einem Telegramm, doch die volle Summe zu bewilligen. Sollte wirklich die in der Budgetkommission geäußerte Befürchtung geteilt werden, daß bei der Bewilligung von Krediten etwas zu rasch vorgegangen wird, so würde ich mich verpflichten, dem Gouverneur zu schreiben, daß darauf Rücksicht genommen werden soll, bei der Vergebung der Darlehen nicht zu schnell vorzugehen.

Abg. Dr. Ertel (Deutschkons.): Auch ich möchte bitten, die Regierungsvorlage wieder heranzustellen. Die Regierungsvorlage wurde gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt und der Kommissionsantrag somit angenommen.

Der von der Kommission vorgeschlagene Gesetzentwurf, betreffend Sanierung der Anlagen zu Bahn-, Straßen-, Hafen- und Strombauwerken in den Kolonien, wurde von der Tagesordnung abgelehnt, nachdem

Staatssekretär Dr. Solf erklärt hatte, mit diesen Voraussetzungen für den Bau der Doornbos-Bandbahn einverstanden zu sein und für eine rechtzeitige Verabreichung in diesem Sinne sorgen zu wollen, wobei dafür, daß eine Verzögerung des Bahnbau nicht eintreten werde.

Der Etat der Schutzgebiete wurde ohne Debatte bewilligt.

Eine Reihe kleinerer Etats wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Die Verlängerung des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit der Türkei sowie ein Abkommen, betreffend Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums mit Japan wurde in erster und zweiter Lesung erledigt.

Das Haus ging darauf zur Beratung des

### Etats des Auswärtigen Amtes

über. Am Bundesratstische erschienen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Unterstaatssekretär Zimmermann. Berichterstatter Abg. Passermann (Nationalist.) gab einen umfassenden Überblick über die Verhandlungen der Kommission in Bezug auf die allgemeine politische Lage. Er leitete dabei insbesondere die Auskünfte mit, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission erteilt hatte. Die Budgetkommission hat in dieser Beziehung folgende Resolutionen

zur Reform des diplomatischen Dienstes vorgeschlagen: den Reichskanzler zu erlauben: a) eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Ernennung zum Reaktionssekretär und Visakonsul vom Be-

traten einer gleichartigen Prüfung abhängig gemacht wird, die vor Eintritt nach Maßgabe des Absatzes 2 zusammengeleiteten Kommission abzulegen ist. Diese Prüfung hat zu untersuchen das Vorkenntnis, deutsche und ausländische Volkswirtschaft, die Handelswissenschaften, Geschichte und Sprachenkunde. Bei Bewerber, die in einem der Bundesstaaten die zweite juristische Prüfung oder die Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden haben, beschränkt sich die Prüfung auf deutsche und ausländische Volkswirtschaft, Handelswissenschaften und Sprachenkunde. Die Prüfungskommission hat zu bestehen aus: dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes oder dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes als leitendem Vertreter, als Vorsitzenden, sowie aus folgenden Mitgliedern: einem ordentlichen Professor der Rechtswissenschaften, einem ordentlichen Professor der Volkswirtschaftslehre, einem ordentlichen Professor einer Handelshochschule, zwei Vertretern des praktischen wirtschaftlichen Lebens, je einer der französischen und der englischen Sprache mächtigen Persönlichkeit.

Die Beratung der Mitglieder der Prüfungskommission, die für jedes Prüfungsfach mit mindestens drei Personen zu besetzen ist, erfolgt durch den Reichskanzler und wird alljährlich durch den Reichskanzler veranfaßt.

b) eine Verordnung zu erlassen, durch die bestimmt wird, daß die nach § 7 Nr. 2 des Gesetzes, betreffend die Organisation der Bundeskonkulate, welche die Amtsstellen und Stellen der Bundeskonkulate, für die Bekleidung des Amtes eines Berufskonsuls erforderliche besondere Prüfung vor der erwähnten Prüfungskommission abzulegen ist.

Hierauf ergreift das Wort:

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: Seitdem der Herr Reichskanzler zum letzten Male an dieser Stelle über die Auswärtige Politik gesprochen hat, hat die allgemeine Entspannung in Europa Fortschritte gemacht. Die Liquidation der durch den Balkan-Krieg geschaffenen Lage ist, wie wir hoffen, zu einem gewissen Abschluß gelangt, nachdem die in dem Beschlusse der Londoner Konferenzkonferenz und des Bukarester Friedensvertrages festgelegten Bedingungen schließlich von den Beteiligten als Grundlage für den Frieden acceptiert worden sind. Allerdings ist dringend zu wünschen, daß der tatsächlichen Durchführung der Beschlüsse von keinem der Beteiligten Schwierigkeiten bereitet, daß vielmehr auf dem Wege der Verständigung diejenigen Differenzen ausgeglichen werden, die bei je großen Umrüstungen nicht ausbleiben können.

Nach den früheren Prüfungen, denen das

bestrebte ostionische Reich ausgeföhrt werden ist, wird wie wir annehmen, die Regeneration, die es sich zum Ziele gesetzt hat, nur gefördert werden, wenn es gelingt, praktisch ein friedliches Nebeneinanderleben der verchiedenen Elemente in den neuerrichteten Gebietskreisen zu gewährleisten. Als ein erfreuliches Zeichen erscheint es mir, daß die türkische Regierung sich den Forderungen der Mächte entsprechend zur Einführung von Reformen in Armenien entschlossen hat, die zu der Hoffnung berechtigen, daß auch in diesem Teil des türkischen Reiches betriebene Verhältnisse sich entwickeln werden. (Beifall.) Da auch die

### Balkanstaaten

ihren Landesverweir wirtschaftlich und kulturell nur in ruhiger Friedensarbeit entwickeln können, dürfte Grund für die Hoffnung sein, daß alle Beteiligten weiterhin auf einen friedlichen Austrag bedacht sein werden. Wir lassen es uns anlegen sein, darauf hinzuwirken, soviel wir vermögen.

### Albanien

sind in den letzten Tagen widersprechende Nachrichten in die Presse gedrungen. Nachdem Griechenland dem Wunsche der Mächte entsprechend, Bewilligungen hat, seine Truppen aus Euböanien zurückzuführen und die albanische Regierung sich zu gewissen Konzessionen geneigt zu zeigen scheint, und nachdem die Kontrollkommission eine Vermittlungsaktion zwischen den Bukharinischen und der albanischen Regierung übernommen hat, dürfen wir hoffen, daß es gelingen wird, auch dort die Ruhe herzustellen. Bei den noch unentwickelten Lebensbedingungen des bisher an strotzende Staatsformen nicht gewöhnten Landes wird man sich allerdings davor hüten müssen, noch nicht geordnete und unruhige Zustände mit dem gewohnten Maße zu messen. Es scheint mir deshalb kein Grund gegeben zu sein, die allmähliche Konsolidierung des albanischen Staates als eine Utopie zu behandeln.

Wenn wir von der gegenwärtigen Ebene aus auf die Balkanregion zurückblicken, so dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß es dem einheitslichen und ge-

### Auftreten des Dreiecks

bisher gelungen ist, in freundschaftlichen Einvernehmen mit England, Rußland und Frankreich die berechtigten Interessen der verbündeten Monarchien in vollem Umfang zu wahren (Beifall). Ich bezeuge mich hierin mit den Anknüpfungen, die der Leiter der Auswärtigen Politik Herr Reichskanzler umläufig in Budapest vor dem Ausbruch der Reichsratsdelegationen dargelegt hat. Ein wesentliches Verdienst an dem bisher Erreichten fällt der bestmöglichen, maßvollen und vernünftigen Haltung Rumäniens zu. Die hohe Weisheit seines Herrschers und seiner Regierung bürgt uns dafür, daß Rumänien an dieser durch den Erlaß bewährten Politik auch weiterhin

festhalten und in Anerkennung an alle Freunde an der Erfüllung des durch die Bundesrat und Londoner Verträge wiederhergestellten Friedens mitarbeiten wird (Rebhafter Beifall). Die Grundzüge von denen sich die deutsche Politik hat leiten lassen, werden uns auch in der Zukunft als Richtschnur dienen. Unter billiger Rücksichtnahme auf die Rechte und Interessen anderer Mächte und in voller Sympathie mit der Entzweiung der Balkanstaaten werden wir stets fest und entschlossen für die eigenen Rechte und Interessen sowie diejenigen unserer Bundesgenossen eintriften, und wann immer die Gelegenheit hierzu sich bietet (Rebhafter Beifall). Unzer

**Verhältnis zu Russland**  
hat neuerdings die Schenlichkeit in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Der Herr Reichskanzler bedauert ganz besonders, die folgenden Ausführungen können nicht selbst nachsehen zu können. In den letzten Tagen hat das Urteil in dem Prozeß gegen die deutschen Ausschüßler weitaus Aufsehen erregt. Wir haben die russische Regierung gebeten, uns die Begründung des Urteils baldmöglichst mitzuteilen. Was dahin muß ich mit einer Ausdrucksweise über die Sache zurückhalten. Zweifellos hat sich die schon seit langem in einem Teil der russischen Presse herrschende deutsch-feindliche Bewegung in letzter Zeit immer mehr verschärft (Görli Görli) und auf den verschiedensten Gebieten zu einer fast systematischen Campaigne gegen uns geführt. Diejenigen, die diese Campaigne unterhalten haben, können sich nicht wundern, daß es schließlich auch dem Wabbe herausfällt, wie hingeworfen wird (Rebhafter Beifall). Wie ich es schon in der Kommission getan habe, möchte ich mich aber nochmals gegen die Versuche verwahren, die Kaiserliche Regierung für einzelne dieser Fundgebungen in der deutschen Presse verantwortlich zu machen. Die Reaktion in Deutschland war ebenfalls eine Folge der Aktion, die ein Teil der russischen Presse begonnen hatte. Wir haben bei diesem russisch-deutschen Pressestreit wieder eine alte Erfahrung machen müssen. Keinem Beobachter der Presse des Auslands wird es entgangen sein, daß man dort geneigt ist, uns und andere Mächte mit ungleichem Maß zu messen. Jede Fundgebung eines unsrerer Verdienste in inaktiven Offizieren, die gelegentlich einmal energisch mit dem Sabel raffen, jede Fundgebung auf den Versammlungen unserer nationalen Vereine, auf denen die Wobden der nationalen Begeisterung einmal etwas höher schlagen, wird von der Presse des Auslands mit sorgenvoller Miene registriert. Wenn wir aber, wie das veridlich der Fall ist, von Ost oder West, meistens aber von beiden Seiten gleichzeitig, mit Angriffen oder Drohungen bedacht werden, so schenkt dem auerhalb Deutschlands niemand besondere Beachtung. (Rebhafter Zustimmung). So erklärt es sich meines Erachtens, daß, als damals unsere Presse etwas kritische Worte der Wabber fand, ein führendes englisches Blatt es für notwendig hielt, darauf hinzuweisen, daß eine Fortdauer dieser Bewegung das sicherste Mittel sei, um den engeren Zusammenhang der Entenemächte herbeizuführen. Ich kann wohl sagen, ich war nicht einmal erstaunt darüber, denn es war mir wohl bekannt, daß die Campaigne, die gewisse Organe der öffentlichen Meinung in Russland durch Monate hindurch gegen uns geführt hatte, in der englischen Presse keine oder doch jedenfalls nicht annähernd die Beachtung gefunden hatte, die der Widerhall hervorrief, den diese Campaigne nimmlich in Deutschland erndet. (Zustimmung). Ich kann mir wiederholen, was der Herr Reichskanzler hier vor einem Jahre gesagt hat. Wir kennen keine realen Gegensätze, die einem friedlichen Nebeneinanderleben der beiden Nachbarreiche Russland und Deutschland hinderlich wären. Auch handelspolitische Schwierigkeiten, die demnach entstehen könnten, werden sich bei gutem, gegenseitigen Willen lösen lassen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß auch die russische Regierung ungeachtet der erwähnten Exzesse, an diesem alten freundschaftlichen Verhältnis festhalten wird. Was die viel diskutierten schwebenden Verhandlungen über gewisse, den

**näheren Orient**  
betreffenden Fragen angeht, so bin ich leider nicht in der Lage, Ihnen heute darüber nähere Mitteilungen zu machen, da die Verhandlungen noch nicht mit allen beteiligten Staaten abgeschlossen sind. Von beiden Seiten werden diese Verhandlungen mit England in dem freundschaftlichen Geiste geführt, der auch sonst in unseren Beziehungen zu Großbritannien herrscht. (Beifall). Wir haben auch

**Verhandlungen mit Frankreich**  
gepflogen, und wenn ihr Inhalt auch in erster Linie finanzieller und technischer Natur ist, so glaube ich es doch politisch begründen zu können, wenn wir mit unserm westlichen Nachbarn zu einer derartigen, reichsungsflächen ausdehnenden Verständigung gelangen.

Alle diese Verhandlungen stehen in einem gewissen Zusammenhang. Einzelne Teile des Verhandlungsverkehrs vorweg der Öffentlichkeit zu übergeben, dürfte nicht im Interesse der Sache liegen.

**Die ungelöste Frage der Dinge in Mexiko**

hat eine weitere Verschärfung erfahren infolge des Konflikts, der mit der Regierung der Vereinigten Staaten entstanden ist. Wirtschaftliche und persönliche Interessen deutscher Staatsangehöriger sind leider in hohem Grade durch den Bürgerkrieg in Mittelamerika geogen. Wir haben uns bemüht, für die persönliche Sicherheit unserer in Mexiko lebenden Landsleute nach Möglichkeit Vorkehrungen zu treffen, und unsere Bemühungen sind glücklicherweise bisher von Erfolg gewesen. Was die wirtschaftlichen Schädigungen anbelangt, so werden wir dazu Stellung zu nehmen haben, sobald die Ordnung in Mexiko wieder hergestellt ist. Vorbereitende Schritte haben wir bereits getan. Wir haben es freudig begrüßt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, mit der auch wir fortgesetzt die besten Beziehungen unterhalten, sich entschlossen hat, die Vermittlung der drei großen südamerikanischen Republiken anzunehmen. Die Verhandlungen der Vermittler werden am 18. Mai in Niagarafalls beginnen. Die weitere Entwicklung wird abzuwarten sein.

Mit Argentinien, Chile und Brasilien, die die Friedensmission übernommen haben, sind wir in letzter Zeit wiederholt in Verbindung gekommen. Ich gedenke mit dem freundschaftlichen Embassaden, den Seine Königliche Hoheit Prinz Saxe-Coburg und seine Gemahlin sowie das deutsche Gesandtschaftsmitglied in den südamerikanischen Republiken gefunden haben. (Beifall). Die Wärme dieser Aufnahme beweist, was ich mit Genugtuung feststellen möchte, daß man von der Aufmerksamkeit dieses

gen zu dienen aufstrebenden Ländern ohne politische Untergeordnet zu fördern. Darin erweist sich ein Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik, das gerade auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen eine Vorbedingung des Erfolges bildet (Sehr richtig), und das uns zu erhalten und zu stärken mir beizuhelfen sein werden. (Rebhafter Beifall). Ich richte an Sie, meine Herren, die Bitte, uns in diesem Bestreben zu unterstützen, das beiden großen Aufgaben, die uns gestellt sind, der Sicherung unserer gerade vom Glück nicht begünstigten geographischen Lage und der Entfaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte Deutschlands in der Welt arbeiten wir mit der Anspannung aller unserer Kräfte. Den Erfolg zu unterrichten, haben wir auch dann keinen Anlaß, wenn er sich zwar nicht sprunghaft, aber allmählich sicher und in stetigem Wachstum einstellt. (Rebhafter Beifall).

**Herr v. Bodel (Sog.):** Was wir hier zu hören bekommen haben, über die auswärtige Politik und die weltpolitische Lage, ist jedem aufmerksamen Zeitungsläser seit langem bekannt. Wenn der Staatssekretär nicht mehr sagt, so liegt es nicht an dem Mangel des Wissens, sondern des Willens. Man will einfach diesem Meistag das verlassenden demokratischen Wahlrechts nichts mehr mitteilen. Wir waren nur Schleppenträger der österreichischen Politik. Deshalb sind die österreichischen Vlamagen auch unsere Vlamagen. Wir wollen Frieden mit dem französischen Volke. Ich diene deutschen Interessen, wenn ich mit dem Parteiführer Vire la France (Beifall bei dem Sozialdemokraten, nachher rechts).  
**Herr v. Gumbel (Str.):** Der Vortrager hat zum Schluß Frankreich leben lassen, das heißt Frankreich, das mit seinem Gelde die russischen Waffen gegen uns stärkt. Damit erledigt sich wohl seine ganze Phrasologie. Was zwischen den beiden Staaten England und Deutschland nötig ist, ist nicht ihre gegenseitige wirtschaftliche Befähigung, sondern daß sie von gemeinsamen Gesichtspunkten aus an die gemeinsame Erhellung Zentral-Europas gehen. Die Bedeutung der slavischen Vormacht Rußland steigt von Jahr zu Jahr. Russisches Volk, russisches Land und russische Sprache muß bei immer stärker in den Kreis der Betrachtung gezogen werden.

**Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow:** Ich möchte bemerken, daß an dem Veto, das seinerzeit von dem Kardinal von Kraton gegen die Wahl des Kardinals Ram-bolla im Namen Österreichs eingelegt ist, Deutschland bzw. die Kaiserliche Regierung keinerlei Anteil hat.  
**Herr v. Bodel (Sog.):** Wir sind überzeugte Freunde des Dreieinbundes, aber wir verkennen nicht, daß in Österreich-Ungarn gewisse Stimmen laut geworden sind, welche den Dreieinbund alsbald beurteilen. Für die deutsche Politik scheint es mir allerdings zu sein, die guten Beziehungen zu England und Rußland möglichst aufrecht zu erhalten. Auf der zweiten großen Konferenz wurde der Seeblockade zugestimmt. In England aber entlassen die Schwierigkeiten. Es würde mich freuen, wenn England seine Haltung ändern würde.

**Staatssekretär v. Jagow:** Zur Ratifizierung der Seerechtsdeklaration sind wir bereit, aber das englische Parlament hat ihr noch nicht zugestimmt.

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Wir haben Ursache, unsere Kapitalbildung zu stärken, um auch dem Auslande gegenüber als Geldgeber aufzutreten. Aber gerade die engeren Mittelsklassen verbinden uns die finanzpolitische Machtstellung einzunehmen, die wir wünschen müssen. Götten wir nicht das unselige Kaltege, so hätten wir eine Milliarde zur Verfügung. (Zustimmung links). Wir müssen daran denken, daß die Wertenerungspolitik uns schwächt.

**Staatssekretär v. Jagow:** Ich habe mir selbst gestellt, daß die russisch-deutsche Dreieinbindung nicht von deutscher, sondern von russischer Seite ausgegangen ist und daß das Maß, mit dem im Ausland gemessen wird, nicht ein gleiches ist.  
**Herr v. Drexel (Deutschf.):** Die von der Budgetkommission vorgeschlagene Entzweiung verliert sich doch zu sehr in Einzelheiten; sie bedürft sich nicht darauf, zu verlangen, daß die diplomatischen und konsularischen Beamten gerührt werden, sie will auch Vorarbeiten machen über die Zusammenlegung der Prüfungskommission. Sie geht ganz bis ins Einzelne hinein. Deswegen sind wir nicht geneigt, auf den Wobden dieser Entzweiung zu treten.

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Nach uns sind in Frankreich so starke Reize gegeben worden, wie jetzt, wo wir eine Politik der Verständigung mit Frankreich begonnen haben.  
**Unterstaatssekretär Zimmermann:** Auf unsere letzte Anfrage bei der englischen Regierung wegen der Entzweiung der Deutschen aus dem Burenriege haben wir noch keine Antwort erhalten. Wir werden von neuem vorstellig werden.

**Herr v. Bodel (Sog.):** Offizielle Fundgebungen sollten nur in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, nicht aber auch in der Süddeutschen Zeitung erfolgen. Bedauerlich ist, daß von einem deutschen Konsulat eine journalistische Zeitschrift zum Annonzieren empfohlen worden ist.  
**Herr v. Drexel (Sog.):** Unter den gegebenen Verhältnissen hatte der Konsul geglaubt, ohne gegen die Vorschriften verstoßen zu wollen, eine bestimmte Zeitschrift den deutschen Exporteuren zu empfehlen, um die Exporteure mit den Abnehmern in Verbindung zu bringen.  
Darauf wurde auf Vorschlag des Präsidenten trotz lebhaften Widerspruches verzagt.

**Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr:** Anfragen; Weiterberatung; kleinere Eilings; kleine Vorlagen.

Schluss nach 7 Uhr.

## Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

**Sitzung vom 14. Mai 1914.**  
Am Regierungstische: Dr. Lenke.  
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schmig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung standen zunächst einige noch ausstehende Titel verschiedener Epietale.  
Zum Etat des Abgeordnetenhauses beantragte die Budgetkommission: die Regierung zu erlauben, den Fonds zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstützung für Beamte und für das Hilfspersonal des Hauses vom Etatsjahr 1915 ab angemessen weiter zu erhöhen.

Zu dem gleichen Fonds im Etat des Herrenhauses, der mit 5700 Mark vorgelegen ist, beantragte die Kommission sofort 5400 Mark hinzuzusetzen, also 6240 Mark zu bewilligen.

Das Haus beschloß ohne weitere Debatte nach den Anträgen der Kommission.

Der Titel betreffend Förderung der inneren Kolonisation, aus dem Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung wurde unter dem Titel a 1 g e n u m e die Zerstörung über Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Südbreuzen, Pommern und Brandenburg für das Etatsjahr 1912 wurde durch Reminiscenznahme für erledigt erklärt. Zu der Position, betreffend den Alpenpensionfonds, aus dem Etat des Finanzministeriums beantragte

**Herr v. Gumbel (Sog.):** gesetzliche Regelung der Bezüge der Alpenpensionäre in der Weise, daß den Alpenpensionären ohne besonderen Antrag eine Pensionszulage gewährt wird.

**Finanzminister Dr. Lenke:** Eine sorgfältige Prüfung der Angelegenheit hat ergeben, daß die Staatsregierung außerstande ist, einen Gegenentwurf zur Erhöhung der Bezüge der Alpenpensionäre einzubringen. (Görli Görli) Wenn wir die Alpenpensionäre den Neupensionären gleichstellen würden, so würden wir 48 Millionen hierfür nötig haben. Zudem würden wir damit auch die Verpflichtung für die Zukunft übernehmen, bei jeder Gehaltserhöhung auch die Pensionen der Alpenpensionäre entsprechend zu erhöhen. Ich bitte daher, die hier gestellten Anträge abzulehnen. Gegenwärtig geben wir nur nur die Zulagen, wo es tatsächlich notwendig ist. Die Regierung ist leider außerstande, einen anderen Standpunkt in dieser Frage einzunehmen, als in den früheren Jahren.

**Verichterstatter Hg. Wallenkönig (Zentr.):** teilte mit, daß die Budgetkommission den Antrag v. Gumbel als ihren eigenen aufgenommen habe.

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Wir stimmen für den konserativen Antrag, der sich mit dem vorjährigen Antrag fortsetzt. Den Minister bitte ich, noch einen Erlaß herauszubringen, der den nachgeordneten Behörden eine schonende Behandlung der Alpenpensionäre anferlet.  
**Herr v. Gumbel (Sog.):** Die Alpenpensionäre müssen einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Pension bekommen. Eine gesetzliche Lösung der Alpenpensionsfrage ist unter allen Umständen notwendig, und ich hoffe, daß der Finanzminister sich auch auf diesen Wobden stellt.

**Herr v. Drexel (Sog.):** Ich habe zu unseren alten Beamten das Vertrauen, daß sie fast durdweg würdig sind, eine besondere Bewilligung zu erhalten. Etwas vorkommende Menschlichkeit bei der Prüfung der Frage der Würdigkeit möchte ich vermieden wissen. Ich meine, die Regierung wolle darüber hinaus in der Sache, ein Gesetz vorzulegen, das unseren Beamten entspricht.  
**Herr v. Drexel (Sog.):** Wir wollen alle diese um den Etat verdienten Männer nicht noch länger enttäuschen, sondern ihnen endlich einen gesetzlichen Anspruch geben. (Beifall).

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Wenn auch nicht ein formales, so ist doch ein realer Anspruch der Alpenpensionäre anzufordern. Die Regierung könnte wohl ein größeres Entgegenkommen beweisen.

Ein Gesuchantrag wurde angenommen.  
Nach einigen Worten zur Geschäftsführung der Hg. Graf von der Groeben (Sog.), Giesberts (Zentr.) und Dr. Schröder-Gaffel (Rechtsf.): beschloß das Haus nach den Anträgen der Kommission, wodurch der Antrag von Gumbel erledigt war.

Es folgte die Beratung des Titels aus dem Etat des Finanzministeriums, betreffend die Förderung der inneren Kolonisation, aus dem Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung wurde unter dem Titel a 1 g e n u m e die Zerstörung über Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Südbreuzen, Pommern und Brandenburg für das Etatsjahr 1912 wurde durch Reminiscenznahme für erledigt erklärt. Zu der Position, betreffend den Alpenpensionfonds, aus dem Etat des Finanzministeriums beantragte

**Zur Geschäftsordnung erklärte**  
**Herr v. Gumbel (Sog.):** Wir legen Wert darauf, daß die Novelle zur Verordnungsordnung noch vor der Tagung im Frühjahr erledigt wird.

**Finanzminister Dr. Lenke:** Gleich das Geschäft der Verordnungsordnung im Reich noch beschließt, kann die Verordnungsordnung bis zu verabschiedet werden.

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Wir haben unsere Anträge gestellt, weil wir nicht wußten, ob die Regierung die Verordnungsordnung juristisch. Nach der Erklärung des Ministers haben wir kein Interesse daran, daß die Staatsberatung durch die Anträge verzögert wird.

**Herr v. Drexel (Sog.):** Wir ziehen nach der Erklärung des Ministers unsere Anträge für jetzt zurück in der Erwartung, daß bei Erledigung der Verordnungsordnung die Materie so erörtert wird, wie es dem Interesse der Sache und den Interessen der Beamten entspricht.  
**Herr v. Gumbel (Sog.):** Ich ziehe für jetzt unsere Antrag zurück, behalte mir aber die Wiedereinbringung vor.

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Wir halten es für selbstverständlich, daß die Verordnungsordnung erledigt wird, ehe wir ausenangehen. Wir werden also alles daran setzen, um die neue Verordnungsordnung noch vor dem Auseinandergehen des Hauses zu erledigen.

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Wenn die Verordnungsordnung nicht zustande kommen, so würde die Regierung selbstverständlich alle diejenigen Ausleihungszulagen und Unterstütlungsfonds weiter bereit halten, die jetzt bestehen.

**Herr v. Drexel (Sog.):** Wir haben nicht die Absicht der Erledigung der Geschäfte Schwierigkeiten zu bereiten, aber wir haben den Wunsch, daß die Gelegenheit, um die Wertenemündung zur Sprache zu bringen, nicht künstlich beschaffen wird.

Damit schloß die Geschäftsordnungsdebatte. Ohne weitere inhaltliche Diskussion wurden die Etatsforderungen mit dem von der Budgetkommission gemachten Vorbehalt genehmigt. Die Resolution der Kommission wurde angenommen.

Es folgte der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, in dem u. a. der Zuschuß zu den Betriebskosten der königlichen Theater enthalten ist.

**Herr v. Gumbel (Sog.):** Die königlichen Inter-







